
Kommunalwahl 2014 - Wahlprüfsteine der komba

KOMBA BIELEFELD IM MAI 2014



Wahlprüfsteine 2014



komba
gewerkschaft
nordrhein-
westfalen



Bielefeld (pa). Am 25. Mai haben wir wieder die Möglichkeit beim Gang zur Urne die Geschicke der Stadt und auch unserer Verwaltung zu lenken. Die komba Bielefeld hat sich die Kommunalwahlprogramme vorgenommen und durchleuchtet.

In nahezu jedem Jahr stehen viele von uns vor der Frage, wo und damit „für“ wen wir unser Kreuz setzen. Die Zeit der Stammwähler scheint vorbei zu gehen. Durch die neuen Medien und Verbreitung und Akzeptanz sozialer Netzwerke, Internetauftritten usw. werden wir noch mehr als in der Vergangenheit mit Informationen zu den Kandidaten und Parteien förmlich überflutet.

Eine Durchsicht aller Wahlprogramme ist sicherlich dabei für den einzelnen nahezu nicht leistbar.

Wir von der komba Bielefeld haben uns die Wahlprogramme der SPD, der CDU, der FDP und der Grünen zur Kommunalwahl 2014 angesehen und insbesondere im Hinblick auf Aspekte zur Stadtverwaltung durchleuchtet.

Denn, das scheint in der Öffentlichkeit und in den Medien gerne in Vergessenheit geraten, der Oberbürgermeister ist nicht allein das „politische“ Oberhaupt unserer Kommune. Er ist auch „Chef der Verwaltung.“

Als solcher hat er unserer Ansicht nach neben den formalen Zuständigkeiten einen breites Spektrum an darüber hinausgehenden Funktionen und Aufgaben.

Er ist Wegweiser, Türöffner und gibt in vielen Belangen die Marschroute vor. Auf der anderen Seite ist er aber auch für das Wohl der städtischen Mitarbeiter und für gute Rahmenbedingungen zur Aufgabenerledigung zuständig.

Wir haben die Wahlprogramme der oben genannten Parteien daher durchforscht und gesucht, welche Aspekte eine unmittelbare oder auch mittelbare Auswirkung auf unseren Arbeitsalltag haben können.

Dabei sind die Programme und Aussagen der Parteien insbesondere zu dem Thema Stadtverwaltung und „Rathaus“ sehr unterschiedlich. Von praktisch keiner Erwähnung bis hin zu einem eigenen Kapitel finden wir nahezu alles wieder.

Dabei ist es jedoch mitnichten so, dass viel Geschriebenes automatisch ein gutes und leicht verständliches Bild ergibt.

Die komba gewerkschaft ist parteipolitisch neutral und will auch keine Richtung oder Empfehlung vorgeben. Unser Ziel ist es, das Wohlergehen der Mitarbeiter in den Vordergrund zu stellen. In unseren Reihen befinden sich auf nahezu allen Ebenen auch Mitglieder und Aktive der genannten Parteien. Wir wollen deshalb möglichst neutral die verschiedenen Programme betrachten und neben einigen Einschätzungen, die diese Auswertung natürlich machen soll, auf allzu tiefe Wertungen verzichten.

Über alle Wahlprogramme lässt sich sagen, dass wie nicht anders zu erwarten, die prekäre Haushaltssituation nahezu über allem steht. Viele Vorhaben und Vorstellungen müssen sich den haushaltsrechtlichen Zwängen fügen.

Als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung kennen wir diese Einschränkungen seit langem. Und dennoch haben wir den berechtigten Anspruch, unter vernünftigen Arbeitsbedingungen mit einer fairen Wertschätzung und Entlohnung arbeiten zu können.

Die zurzeit kontrovers diskutierten Themen wie beispielsweise den Bau der Linie 5 und die Bildungspolitik haben wir daher weitestgehend außen vor gelassen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und hoffen, dass wir Ihnen eine kleine Hilfe an die Hand geben wollen.

Mit kollegialen Grüßen

Ihre komba bielefeld

Phillip Albrecht

FDP - „Das Moderne Bielefeld“

Das Wahlprogramm der Bielefelder FDP umfasst insgesamt 28 Seiten und hat als einziges Programm der vier betrachteten einen eigenen Teil zum Thema „Verwaltung“, der allerdings zusammengefasst mit dem Thema Haushalt dargestellt wurde.

Die Einleitung in dieses Thema mit dem Bezug auf die Generationengerechtigkeit ist sicherlich ein wichtiger Aspekt und auch stets im Fokus unserer gewerkschaftlichen Positionen.

Die FDP bezeichnet die liberale Kommunalpolitik als eine Entschuldungspolitik. Die akute Bedrohung durch Überschuldung ist gegenwärtig.

Als Ursache wird u.a., ebenfalls ständig einer unserer Kritikpunkte, die fehlende Einhaltung des verfassungsrechtlich verfestigten Konnexitätsprinzips genannt. Kurz gesagt: Bund und Land übertragen den Kommunen Aufgaben, stattdessen sie aber nicht mit den notwendigen (finanziellen) Mitteln aus.

Die FDP drängt auf Bescheidenheit bei neuen öffentlichen Ausgaben und sieht Einsparungen bei den Ausgaben vor allem in der Verwaltung.

Die Maßnahmen mit denen die FDP ihre Ziele erreichen will werden wir im Einzelnen betrachten:

Die FDP will in Bielefeld Deutschlands modernste Verwaltung schaffen. Sie sieht eine gut ausgebildete und ausgestattete Verwaltung als wichtigen Standortfaktor. Diese soll zudem hochmotiviert und überparteilich sein.

Durch Vergleiche mit anderen Kommunen und durch das Gemeindeprüfungsamt oder andere Externe sollen Möglichkeiten zur Verbesserung im Verwaltungsablauf gefunden werden.

Die Prüfung durch Externe halten wir von der Kom-
ba für wenig hilfreich und vor allem in der Regel kostenintensiv. Vielmehr sollte unserer Meinung nach auf das vorhandene Know-How oder die Erfahrung der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgegriffen werden.

Was im Übrigen mit der „modernsten Verwaltung Deutschlands“ gemeint sein kann, können wir in den folgenden Programmpunkten herausfinden.

Ausgangspunkt der Verwaltungsmodernisierung soll eine Analyse sein, welche Aufgaben entbehrlich sind, da sie keinen Nutzen für die Bürger haben.

Bis zur Identifikation dieser Aufgaben will die FDP einen Einstellungsstopp für die Verwaltung verbunden mit einem internen Personalmanagement.

Bezüglich dieser Punkte waren wir zugegebenermaßen etwas verwundert. Die Stadt Bielefeld ist insbesondere im Bereich der Personalentwicklung, der Fortbildung und der internen Möglichkeiten im Vergleich mit anderen Kommunen durchaus ein positives Beispiel. Zudem kann aus unserer Sicht ein genereller Einstellungsstopp zu massiven Problemen führen, da hier schlicht kein „eigenes“ Personal vorhanden ist.

Die Verschlinkung der Verwaltungsabläufe soll ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen.

Wie genau diese Verschlinkungen aussehen könnten, wird nicht weiter erwähnt. Aufgrund der immer mehr zunehmenden Arbeitsverdichtung sehen wir sie als äußerst kritisch an. Es muss zwingend eine Aufgabenkritik damit einhergehen.

Des Weiteren will die FDP sich für eine starke Rücknahme der Sonderprogrammierungen bei den EDV-Systemen der Stadtverwaltung einsetzen.

Ein weiterer Aspekt des Programms ist der Ausbau des betrieblichen Vorschlagswesens. Wir halten das existierende Modell zwar für grundsätzlich ausreichend, können aber den dahinter stehenden Gedanken nur unterstützen. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben unseres Erachtens ein feines Gespür für Verbesserungspotentiale und Möglichkeiten.

Wenig detailliert ist das Wahlprogramm leider bei einem Punkt, der viel Spannung verspricht: Die Vereinfachung der Verwaltungsstruktur. Diese soll mithilfe des Abbaus von Doppelzuständigkeiten und Zusammenlegung von Ämtern erreicht werden.

Unnötiges Berichtswesen und vermeidbare bürokratische Prozesse will die FDP abschaffen.

Diese Aspekte scheinen interessant, sind aber so wenig untermauert. Sicherlich hat jeder Leser direkt einige Beispiele im Kopf. Verdrängt werden darf aber dabei unserer Meinung nach nicht, dass die Strukturen und Arbeitsabläufe mitunter bewährt oder gar rechtlich vorgegeben sind. In jedem Fall darf aus Sicht der komba Bielefeld eine Verwaltungsstrukturreform nicht reiner Selbstzweck sein.

Auf der anderen Seite fordert die FDP die Reduzierung der Bezirke (von zehn auf vier), da sich die Stadt zuviel Verwaltung und Bezirke leistet.

Die vier verbleibenden sollen dafür jedoch mehr Entscheidungsautonomie erhalten.

Wie dieser Aspekt insbesondere zu dem oben Genannten der Verschlinkung der Strukturen passen soll, wird leider nicht weiter ausgeführt.

Der Ausbau von eGovernment ist ein weiterer wichtiger Aspekt des Programms „Das moderne Bielefeld“.

So sollen mehr Verwaltungsprozesse über das Internet zu erledigen sein.

Mit einer „OpenGovernment“-Initiative will die FDP das „gläserne“ Rathaus schaffen und mehr Transparenz und Teilhabe ermöglichen.

Die FDP fordert, dass grundsätzlich die geringstmögliche Gebühr bei Informationsgesuchen anzusetzen ist.

Dieser Forderung halten wir aus haushaltsrechtlichen Gründen für nicht sinnvoll. In der Vergangenheit waren die Gebührensätze Teil von HSK-Maßnahmen.

Die Rahmen werden zudem in der Regel vom Landesgesetzgeber gesteckt. Diese Potentiale auszuschöpfen ist in Zeiten der Millionen-Defizite aus unserer Sicht erforderlich.

Des Weiteren fordert die FDP erneut die Privatisierung städtischer Gesellschaften, wenn die Leistung den Bürgern durch private Unternehmen besser oder in gleicher Qualität zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Verkaufserlöse sollen für den Schuldenabbau verwendet werden.

Die FDP will ermitteln, ob die Gesellschaften und Beteiligungen für die öffentliche Daseinsvorsorge zwingend benötigt werden.

Die komba gewerkschaft sieht vor allem die Gefahren bei der Privatisierung. Nicht selten kam es in letzter Zeit zu Re-Kommunalisierungen, da eben der private Unternehmer die Leistung nicht besser, schneller oder günstiger anbieten konnte.

Die Klischees von starren und unbeweglichen, teuren und unzuverlässigen kommunalen Leistungen sind unseres Erachtens längst widerlegt.

Wir können einen Privatisierungswillen nicht nachvollziehen und werden uns auch weiterhin dagegen aussprechen.

Zur Sicherung des Angebots muss eine kommunale Einflussmöglichkeiten gegeben sein.

Programmpunkte zur Verbesserung der Motivation und Situation in unserer Verwaltung haben wir quasi nicht ausmachen können.

Leistungen, die zurzeit intern erbracht werden, sollen vermehrt ausgeschrieben werden.

Die Bedingungen der Ausschreibungen sollen zudem sicherstellen, dass auch kleinere Bielefelder Unternehmen eine Chance auf Berücksichtigung haben.

Abgesehen von den rechtlichen Bedenken, die ein solcher Plan bei uns hervorruft, halten wir dies ebenfalls mit Verweis auf die Kassenlage für kritisch. Der Gedanke, dass Externe die Leistungen besser und vermutlich günstiger ausführen sollen, ist wie dargestellt aus unserer Sicht nicht automatisch der richtige Schluss.

FAZIT

Als Fazit zum Wahlprogramm der Bielefelder FDP lässt sich sagen, dass dieses sehr detailliert ist und Forderungen klar genannt werden.

Bei Beispielen und Begründungen hält es sich, vermutlich aus unterschiedlichen Gründen, zurück.

Bezogen auf unsere Grundsätze lässt sich sagen, dass durchaus Gemeinsamkeiten existieren, aber die Forderungen auch oft konträr zu den unsrigen sind.

Wir hatten bei der Lektüre ein wenig den Eindruck, dass nicht alle derzeitigen Abläufe und Zwänge des Verwaltungsalltags präsent waren. Der ein oder andere Aspekte muss für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahezu provokant wirken.

Die Grünen – Mehr GRÜN Für Bielefeld

Auch das Wahlprogramm der Bielefelder Grünen ist mit 51 Seiten sehr umfangreich. Anders als beim Programm der FDP gibt es keinen eigenen Bereich zum Thema Stadtverwaltung.

Vielmehr sind diesbezügliche Positionen immer wieder in die anderen „Oberthemen“ eingebaut.

Dies führt dazu, dass eine simple Abarbeitung von Argumenten nicht möglich ist.

Die Grünen sehen bei der Haushaltskonsolidierung weitaus mehr Möglichkeiten zur Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen. Sie fordern eine Reduzierung der Bezirksämter, eine Zusammenlegung von Ämtern und z.B. auch eine Veränderung unwirtschaftlicher Arbeitsweisen.

Auch an dieser Stelle möchten wir nochmals verdeutlichen, dass dies aus Sicht der komba kein Selbstzweck werden darf. Auch sollte nicht mit konkreten „Mindest-Erwartungen“ an eine solche Reform herangegangen werden. Die Zusammenlegung von Ämtern wird neben einer Senkung von Sachkosten wohl auch unter dem Aspekt der Personalkostensenkung stehen.

Dies können wir, ohne eine entsprechende Aufgabenkritik, nicht gutheißen.

Generell teilen wir aber die Einschätzung, dass nicht alle Potentiale zurzeit genutzt werden.

Die Grünen setzen sich zudem für eine Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen ein, was wir nur ausdrücklich begrüßen können. Die verfassungsrechtlich gewährten Rechte der Kommunen wurden unserer Erachtens oftmals aus dem Fokus verloren,

weswegen wir diese Forderung eindeutig unterstützen können.

Die Grünen haben sich als konkretes Projekt im Bereich des Klimaschutzes das Ziel einer „klimaneutralen Verwaltung“ vorgenommen.

Das bedeute neben der Nutzung von erneuerbaren Energien in den städtischen Dienststellen auch eine Senkung des Energie-Verbrauchs. Auch Einsparungen bei Verbrauchsgütern wie Papier und die ökologische Qualität dieser Güter stehen im Fokus.

Nun ist zu sagen, dass Umweltpolitik an sich nicht Kernbereich der Tätigkeiten und Grundsätze der komba gewerkschaft ist. Insofern betrachten wir dieses Ziel unabhängig von der möglicherweise ideologischen Einstellung dahinter aus fiskalischen Gründen.

Hier ist zu sagen, dass zurzeit der Kostenunterschied zwischen weißem Papier und „Recycling-Papier“ erheblich ist – zu Ungunsten des Recycling-Papiers.

Auch Einsparungen bei anderen Verbrauchsgütern zugunsten ökologisch unbedenklicher führen mitunter zu erhöhten Kosten.

Das Ziel an sich halten wir daher für grundsätzlich löblich und sinnvoll, allerdings muss berücksichtigt werden, dass es unter Umständen zu erhöhten Kosten führen kann.

Energiesparpotentiale ergeben sich aus unserer Sicht vor allem bei der Renovierung einiger städti-

scher Gebäude. Undichte Fenster und nicht abstellbare Heizkörper seien hier als Beispiel genannt. Neben Einsparpotentialen könnten so als positiver Nebeneffekt die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert werden.

Unter dem Aspekt „OPEN BIELEFELD“ soll die Verwaltung ihre Daten und ihre Arbeit bürgernah und für jeden verständlich aufbereiten. Aus dem Ratsinformationssystem soll eine städtische Plattform werden, in der sich Verwaltung, Rat und BürgerInnen „auf Augenhöhe“ miteinander austauschen.

Die Bielefelder sollen sich nach dem Wunsch der Grünen stärker an den Entscheidungen in ihrer Stadt beteiligen können.

Hier ist aus unserer Sicht zunächst zu differenzieren. Bei der Mitgestaltung grundsätzlicher Richtungen, Projekten zur Infrastruktur (Stichworte Freibad Gadderbaum oder Linie 5) o.ä. halten wir eine starke Bürgerbeteiligung für sinnvoll.

Beim „Alltagsgeschäft“ der Verwaltung ist dies jedoch grundsätzlich anders zu sehen.

Eine Aufbereitung der Daten und somit auch Schreiben ist mit einem erheblichen Arbeitsaufwand verbunden, der für die Kolleginnen und Kollegen schlicht nicht zu leisten ist.

Auch wir befürworten einen offenen Umgang und gut begründete sowie leicht verständliche Entscheidungen erhöhen die Akzeptanz. Allerdings arbeiten wir insbesondere bei den Pflichtaufgaben auf Grundlage rechtlicher Vorgaben. Sei es ein Gesetz, eine Verordnung, eine Verwaltungsvorschrift oder aber auch Dienstanweisungen.

Die rechtlichen Anforderungen beispielsweise bei Ordnungsverfügungen sind vorgegeben und zwingend zu beachten.

Eine Umformulierung bzw. Schaffung von noch mehr Transparenz als im Verfahren ohnehin vorgesehen, halten wir daher für schwer umsetzbar. Hier könnten allein der Bundes- oder Landesgesetzgeber Veränderungen bewirken.

Auch wird u.E. verkannt, wie der Arbeitsalltag in der Verwaltung aussieht.

Die Aufbereitung und das „Verständlich-machen“ von Daten passen auch nicht unbedingt zur gewünschten Verschlinkung.

Schon jetzt ist die Arbeitsbelastung und –verdichtung an einem kritischen Maß angelangt.

Anders sehen wir den von den Grünen geäußerten Wunsch nach einer Steigerung der Barrierefreiheit bei der Stadt. Neben einer physischen Barrierefreiheit geht es auch um die Anpassung von Formularen und Schriftstücken für Menschen mit Beeinträchtigungen.

Dies halten wir, auch mit der Einschränkung bestimmter rechtlicher Erfordernisse, für ein gutes Vorhaben. Auch wenn bezüglich der Umsetzung ähnliche Hürden bevorstünden wie oben genannt.

Einen weiteren Aspekt zur Stadtverwaltung konnten wir im Bereich zur Gleichberechtigung ausfindig machen. Hier beziehen sich die Grünen auf die Präsenz von Frauen u.a. in der Stadtverwaltung.

Die Aussage, dass Frauen hier unterrepräsentiert sind, ist ungenau.

Vielmehr hätten wir uns eine Klarstellung dahingehend gewünscht, dass Frauen in Führungspositio-

nen unterpräsentiert sind. Hier gibt es zweifelsfrei erheblichen Nachholbedarf.

Auch bei der Teilzeitbeschäftigung gibt es ein Missverhältnis. Ob und inwieweit dies auf städtische, also in der Verwaltung liegende, Gründe zurückzuführen ist, wollen wir an dieser Stelle nicht ausführen.

Den anschließenden Teil zum Gender Mainstreaming können wir nahezu komplett unterschreiben.

FAZIT

Das Wahlprogramm der Grünen steigt in Themen zu Stadtverwaltung an sich nicht allzu tief ein. Vielmehr ist diese am Rande im Gesamtkontext immer wieder betroffen.

Zur Entwicklung von Stellen und auch zur Motivation von Mitarbeitern konnten wir keine Aspekte finden.

Die Forderungen zur Umstellung des Verwaltungshandelns sind teilweise nachvollziehbar, aber bürgen Kolleginnen und Kollegen mitunter erhebliche Arbeit auf. Hier wäre in jedem Fall bei einer konkreten Umsetzung darauf zu achten, wie diese veränderte Aufgabenerledigung mitarbeiterfreundlich stattfinden könnte.

CDU – Gemeinsam Erfolgreich

Das Programm der CDU zur Kommunalwahl umfasst knapp 30 Seiten und ist ebenfalls in Themenblöcke gegliedert.

Einen eigenen Block zur Verwaltung gibt es hier ebenfalls nicht. Bezüge zur Verwaltung gibt es im Prinzip lediglich in den Bereichen „Finanzen“ und „Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit“.

Die CDU kritisiert die Schaffung von neuen Stellen unter dem derzeitigen Oberbürgermeister.

Zur Wahrheit gehört, dass dies insbesondere auch durch die Übernahme von weiteren Aufgaben (Stichwort U3-Betreuung) zwingend notwendig war und gesetzlich oder durch höchstrichterliche Entscheidungen vorgegeben war. Im Bereich der Kernverwaltung wurden auch in den vergangenen Jahren Stellen reduziert.

Die CDU kritisiert anschließend die Überhäufung der Städte mit Pflichtaufgaben, ohne das Land und Bund die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Wie bereits zur FDP erläutert, können wir von der kombi gewerkschaft die Forderung der Einhaltung des Konnexitätsprinzips nur befürworten.

Die Verwaltung sei nach Ansicht der CDU in weiten Teilen überbürokratisch organisiert und arbeite ineffizient.

Es gäbe unnütze Parallelstrukturen und teure Doppelzuständigkeiten.

Auch hier hätten wir uns ein oder mehrere Beispiele gewünscht. Die erwähnte, in weiten Teilen existente, Überbürokratie und Ineffizienz halten wir für eine übertriebene und unzutreffende Darstellung.

Wie bereits mehrfach ausgeführt, werden Verbesserungspotenziale nicht bestritten. Allerdings wehren wir uns gegen Pauschalisierungen, die zwar in der öffentlichen Meinung Unterstützung finden mögen, aber für städtische Kolleginnen und Kollegen aufgrund von tausenden Überstunden und mangelnder Anerkennung wie Hohn klingen müssen.

Die CDU fordert weiter eine schonungslose Überprüfung aller freiwilligen Leistungen und ein schlüssiges Konzept, wie die Aufgaben in der Verwaltung effizienter erledigt werden können.

Die Abkehr von freiwilligen Aufgaben halten wir unter dem Aspekt der Arbeitsverdichtung für gerechtfertigt. Insbesondere bei einer sinkenden Personalausstattung müssen Aufgaben durchleuchtet werden.

Zur effizienteren Ablauforganisation möchten wir an dieser Stelle zu bedenken geben, dass Strukturen und Abläufe nach außen hin oftmals unnötig, bürokratisch und bürgerunfreundlich wirken. Oft sind sie aber zwingend vorgeschrieben und zur rechtlich sauberen Aufgabenerledigung erforderlich.

Bis 2019 will die CDU 300 Stellen in der Verwaltung abbauen; durch Fluktuation und unter Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen.

Erreicht werden soll dies durch Aufgabenreduzierung und effizientere Prozessgestaltung.

Die Einschränkung durch die erwähnte Aufgabenreduzierung mildert unsere Meinung zu dieser Aussage ab.

Allerdings haben wir aus Erfahrung arge Bedenken, dass die Reihenfolge Aufgabenwegfall -> Stellenwegfall auch so eingehalten wird.

In keinem Fall darf es eine weitere Arbeitsverdichtung geben. Auch sollte nicht in Bereichen gespart werden, die der Entwicklung der Stadtverwaltung dienen, wie etwa das betriebliches Gesundheitswesen oder das Fortbildungsprogramm.

Weiter setzt sich die CDU für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Stadt Bielefeld in Form von Ordnungspartnerschaften ein.

Das Konzept der Stadtwache soll auf die anderen Stadtbezirke übertragen werden.

Unabhängig von der politischen / ideologischen Einordnung dieser Forderung, die wir wie genannt unterlassen wollen, handelt es sich unseres Erachtens hierbei um die Erweiterung einer freiwilligen Aufgabe.

Dies, verbunden mit den notwendigen Mehrstellen, passt schlicht nicht zu den davor geäußerten Vorstellungen.

FAZIT

Alles in allem kommen wir zu dem Fazit, dass das Thema Stadtverwaltung im Wahlprogramm eine eher untergeordnete Rolle spielt, auch wenn es aufgegriffen wird.

Einzelne Aspekte können in der Grundidee nachvollzogen werden, sind aber unserer Meinung nach nicht konsequent fortgeführt. Möglicherweise auch, weil das Programm an einigen Stellen nicht in die Tiefe gehen sollte.

Bei einer doch relativ pauschalen Aussage zu Stellenstreichungen sind wir skeptisch. Die Aufgabenkritik wird zwar vermehrt aufgegriffen. Ob sie stattfindet, bleibt abzuwarten.

Die Aussagen zur Arbeitsweise der Verwaltung sind uns zu pauschal und durch mangelnde Beispiele auch schlecht greifbar.

SPD – Bielefeld In Guten Händen

Zu guter Letzt wollen wir das Programm der SPD Bielefeld betrachten.

Dieses umfasst 15 Seiten und hat eine ähnliche Gliederung wie die anderen Programme. Auch hier gibt es keinen besonderen Punkt für die Verwaltung, allerdings finden sich einige Bezüge in anderen Punkten.

Auch die SPD greift das Konnexitätsprinzip auf und erwartet vom Bund eine dauerhafte Finanzierung der Sozialausgaben und der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten.

Eine kritische Durchleuchtung der Aufgaben und Leistungen der Stadt soll stattfinden, bzw. fortgesetzt werden. Die Stadt solle aber nicht kaputtgespart werden und eine attraktive Stadt bleiben.

Diese Aussage verstehen wir so, dass nicht alle freiwilligen Leistungen zur Debatte stehen. Gleichwohl soll eine Aufgabenkritik stattfinden, was wir befürworten.

Neue Aufgaben und Leistungen stehen unter dem Finanzierungsvorbehalt, was unter Betrachtung der Ausführungen nur konsequent ist.

Bezogen auf den städtischen Fuhrpark will die SPD sich dafür einsetzen, dass E-Fahrzeuge eingesetzt werden.

Weitere Aspekte konnten wir in dem Programm nicht ausmachen.

FAZIT

Das Wahlprogramm der SPD Bielefeld ist bezogen auf die Stadtverwaltung zurückhaltend. Die wenigen Aussagen sind jedoch grundsätzlich von uns tragbar.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die SPD den derzeitigen Oberbürgermeister stellt, hätten wir uns etwas mehr Details gewünscht, da der Einblick in die Verwaltung hier mehr als bei den anderen Parteien gegeben sein müsste.

Möglicherweise ist dies aber auch genau der Grund, warum sich hier nicht allzu viele Forderungen wiederfinden – die Machbarkeit ist nämlich eine andere Frage.

Fazit

Die Wahlprogramme der Parteien greifen natürlich ähnliche Themen auf, bieten aber auch einige Unterschiede.

Während beispielsweise das Programm der FDP zum Thema Verwaltung sehr detailliert und forderungsreich ist, halten sich die Programme von CDU und SPD hier zurück.

Dies muss aus unserer Sicht jedoch keinesfalls ein Nachteil sein. Getreu dem Motto „Wer wenig schreibt, bietet auch wenig Angriffsfläche“ kann man den beiden zuletzt genannten Parteien auch weniger „Vorwürfe“ machen.

Ob dies positiv oder negativ zu sehen ist, bleibt jedem Wähler selbst überlassen.

Die finanzielle Situation der Stadt erlaubt keine großen Sprünge, insofern herrscht Einigkeit. Die Konsequenzen für die Stadtverwaltung sind dabei mal mehr, mal weniger stark dargestellt.

Weitere Sparmaßnahmen werden wohl auf uns zukommen. Inwiefern es eine ehrliche Aufgabenkritik geben wird, bleibt abzuwarten.

Die Visionen für eine Stadtverwaltung sind teilweise deutlich aufgezeigt. Wie realistisch diese sind, wie ein Zeitrahmen dafür aussähe und vor allem, wie all dies noch zu leisten sein soll, bleibt unbeantwortet.

Alles in allem ist auch uns bewusst, dass der Bereich Stadtverwaltung nur ein kleiner Teilaspekt zur Wahlentscheidung jedes Einzelnen sein kann. Aber gänzlich außer Acht lassen sollten wir diese Punkte auch nicht.

Wir hoffen, diese Lektüre hat Ihnen einige Informationen geben können.

Informationen

Die Wahlprogramme der Parteien finden Sie hier:

FDP	http://www.fdp-bielefeld.de
Die Grünen	http://www.gruene-bielefeld.de
CDU	http://www.cdu-bielefeld.de
SPD	http://www.spd-bielefeld.de

© komba gewerkschaft bielefeld

komba gewerkschaft ov bielefeld - Phillip Albrecht - Neue Straße 22 - 32130 Enger
www.komba-bielefeld.de

komba.bielefeld@komba.de